

**Solidarität mit den griechischen ArbeiterInnen, Jugendlichen und RentnerInnen!**

Verabschiedet von der Delegiertenversammlung vom 4. September 2010 in Bern

Seit Monaten protestieren die griechischen ArbeiterInnen, Jugendlichen und RentnerInnen gegen die Spar- und Abbaupolitik ihrer Regierung. Fünf Generalstreiks gab es seit Februar. Am bisherigen Höhepunkt der Demonstrationen, dem 15. Mai, waren weit über einer Million Menschen auf den Strassen. Sie wehren sich gegen die Umsetzung des von der EU und IWF aufgetragenen grössten Sparpaketes seit dem Ende der Militärdiktatur. Dieser Angriff wird ausgerechnet von der sozialdemokratischen Regierungspartei PASOK ausgetragen, sie stellt sich damit gegen ihr Wahlversprechen den Sozialstaat zu verteidigen und beugt sich dem Diktat des Marktes. Diese Überwälzung der Kosten der Krise auf die ArbeiterInnen, Jugendlichen und RentnerInnen und damit der eigentliche Verrat an den Prinzipien der Sozialdemokratie gilt es aufs schärfste zu verurteilen! Die Sozialdemokratie darf sich nicht dazu hingeben, den Kosten der Krise eine vermeintlich soziale Maske aufzusetzen. Die Krise haben die Bürgerlichen verursacht, nun sollen sie auch dafür gerade stehen!

Es gilt auch die Rolle der EU und des IWF als Handlanger der Märkte festzustellen und zu verurteilen! Das von ihnen geschnürte „Rettungspaket“ und der „Stabilisierungsfonds“ dient einzig und allein dazu die Grossbanken der EU zu retten, die zuvor massiv mit griechischen Anleihen spekuliert hatten, und nicht etwa um Griechenland zu helfen! Die europäische Bevölkerung bezahlt also nicht für das griechische Volk sondern wieder einmal für ihre Banken und damit auch die Boni der Manager!

Weiter gilt es das Gerede über die „faulen“ Griechen vehement zu bekämpfen! Der Vergleich mit dem europäischen Musterland Deutschland zeigt, dass die Griechen im Schnitt eine höhere wöchentliche Arbeitszeit haben. Die griechischen Lohnabhängigen verdienen dabei aber mit einem durchschnittlichen Bruttolohn von ca. 800 Euro am wenigsten aller Länder der Eurozone. Selbst während den Jahren des starken griechischen Booms sind die Reallöhne nicht gestiegen. Das Argument sie hätten „über ihre Verhältnisse gelebt“ darf nicht akzeptiert werden! Mit dem Eintritt in die Europäische Währungsunion ist das Preisniveau der Verbrauchsgüter massiv gestiegen, so dass es teilweise höher ist als in Deutschland, nur mit dem Unterschied, dass ihre Löhne bei weitem unter dem deutschen Durchschnitt sind! Kein Wunder wird Griechenland zum Kredit- und Spekulationsparadies, wenn die Leute nur noch auf Pump überleben können!

Die Bürgerlichen versuchen an Griechenland ein Exempel zu statuieren. Geht das horrende Sparprogramm dort durch, d.h. gelingt es den Widerstand der Lohnabhängigen zu brechen, werden uns in ganz Europa noch weitere massive und noch heftigere Sparprogramme bevorstehen!

Deshalb:

**Unbedingte Solidarität mit den griechischen ArbeiterInnen, Jugendlichen und RentnerInnen!
Für den vereinten Kampf aller linken Parteien und Gewerkschaften – in Griechenland und hier -
gegen die Sparpakete! Eure Krise zahlen wir nicht!**

Diese Resolution wird an folgende Jungparteien und Gewerkschaften gesendet:

Sozialistische Jugend Griechenland (Νεολαία ΠΑΣΟΚ - Neolaia PASOK)

Koalition der Linken Jugend (Νεολαία ΣΥΝ - Neolaia Synaspismos)

Kommunistische Jugend Griechenland (Κομμουνιστική Νεολαία Ελλάδας - KNE)

GSEE Gewerkschaftsbund Privatsektor(Γενική Συνομοσπονδία Εργατών Ελλάδος -)

ADEDY Gewerkschaftsbund öffentlicher Dienst (Ανώτατη Διοίκηση Ενώσεων Δημοσίων Υπαλλήλων -)